



Presseschau vom 14.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Valentin Raskatov: **Corona-Impfstoff: Ein neues Modell für eine gerechte Verteilung**

Die Impfstoff-Studien laufen noch, aber schon stellt sich die Frage nach der Verteilung. Sollte nach einem festen mathematischen Schema verteilt werden oder wird am Ende der „Impfstoff-Nationalismus“ siegen? Weltgesundheitsexperten zeigen in einem Aufsatz einen dritten Weg auf.

<https://sptnkne.ws/DDnY>

de.sputniknews.com: **Neu entdeckte Biomoleküle können alle Coronaviren unterdrücken – russische Forscher**

Forscher aus der Moskauer Hochschule für Wirtschaft (HSE) haben microRNA-Moleküle entdeckt, die die Replikation aller menschlichen Coronaviren, einschließlich SARS-CoV-2, unterdrücken können. Die Ergebnisse der Studie haben die Wissenschaftler in der Zeitschrift *PeerJ* veröffentlicht. ...

<https://sptnkne.ws/DDrp>

abends/nachts:

belta.by: **Innenministerium: Mehr als 400 Personen wurden bei Protesten in Minsk am 13. September festgenommen**

Bei den Protesten in Minsk am 13. September wurden mehr als 400 Menschen festgenommen.

Diese Informationen wurden auf ihrem Telegram-Kanal der Pressesprecherin des Innenministeriums Olga Tschomodanowa veröffentlicht, informiert BelTA.

Ab 19.00 Uhr sind die Protestaktionen im Land fast überall beendet, mit Ausnahme von Minsk. Mehrere hundert Menschen wurden festgenommen. Mehr als 400 Menschen wurden in verschiedenen Bezirken der Hauptstadt festgenommen.

„Einige Quellen im Internet verbreiteten gegen 18.00 Uhr Informationen darüber, dass in Minsk ein Geräusch wie ein Schuss zu hören war. Wir haben das geklärt. Polizisten nahmen mehrere aktive Teilnehmer am Siegesprospekt fest. Zu dieser Zeit versuchten andere Personen der Protestaktion, mindestens hundert Personen, sie abzuwehren. Um illegale Handlungen zu unterdrücken, wurde ein Warnschuss in die Luft abgefeuert“, teilte das Innenministerium mit. Das Ministerium fügte hinzu: „Die nicht überprüften Informationen im Internet wurden von Euroradio veröffentlicht: ‚Gegen die Demonstranten werden Blend- und Lärmgranaten eingesetzt‘. Die Strafverfolgungsbehörden verwendeten keine Blendgranaten.“

belta.by: Piskorski: Es gab drei Hauptarten der Unterstützung von Unruhen in Belarus in verschiedenen Stadien

In Belarus gab es zu verschiedenen Zeitpunkten drei Hauptarten der Unterstützung für Unruhen, sagte der Politiker, Politikwissenschaftler und Publizist (Polen) Mateusz Piskorski auf STV, berichtet BelTA.

Ihm zufolge wird die Situation in Belarus von außen kontrolliert. „Ich glaube nicht, dass diese Operation genau von Warschau aus koordiniert wird. Höchstwahrscheinlich ist es der Auftragnehmer dieses Projekts. Warschau spielt traditionell die Rolle eines geopolitischen Außenpostens der Vereinigten Staaten in Osteuropa und im postsowjetischen Raum. Wir haben dies bei anderen Ländern des postsowjetischen Raums gesehen, bei der Ukraine vor einigen Jahren, früher mit Georgien. Dabei spielt Polen seine traditionelle geopolitische Rolle, die Teil der Umsetzung der Pläne und Aufgaben ist, die aus Washington hierher kommen. Dies hat nichts mit unabhängigen Entscheidungen der polnischen Behörden zu tun“, sagte Mateusz Piskorski.

Verschiedene Arten der Unterstützung für die Pläne zur Destabilisierung der Lage in Belarus werden nicht so sehr von den Regierungsstrukturen Polens, sondern von Nichtregierungsstrukturen geleistet. „Es gibt drei Hauptarten der Unterstützung in verschiedenen Phasen der Unruhen in Belarus nach den Wahlen. Die erste Art der Unterstützung besteht darin, dass Ausbilder nach Belarus geschickt wurden. Einige von ihnen repräsentieren Gruppen, die von verschiedenen Soros-Stiftungen unterstützt werden. Vertreter dieser Gruppen, die sich in Minsk befinden, war es, als sie mit den polnischen Medien sprachen, nicht einmal peinlich zu sagen, dass sie Anweisungen an Oppositionelle und Demonstranten verteilten. Die zweite Art der Unterstützung bestand darin, dass es bestimmte Fälle gab, in denen Militante nach Minsk geschickt wurden - polnische Staatsbürger, die Erfahrung hatten, unter anderem bei Feindseligkeiten im Osten. Sie waren übrigens mit verschiedenen Neonazi-Gruppen in Polen und der Ukraine verbunden“, stellte der Politikwissenschaftler fest.

Mateusz Piskorski betonte, dass die gefährlichste Art der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus über Telegram-Kanäle stattfindet. „Ich denke, dass niemand daran zweifelt, dass hinter diesem Telegram-Kanal nicht nur ein einziger junger Mann steht - ein belarussischer Staatsbürger, der 22 Jahre alt ist und als Student nach Polen gekommen ist. Eine ziemlich professionelle Gruppe von PR-Spezialisten hat dort gearbeitet und arbeitet weiter, Menschen, die eine gewisse Erfahrung in der Durchführung von Informations- und Desinformationsoperationen haben. Natürlich gibt es bestimmte finanzielle Investitionen. Und ich denke, dass dies die gefährlichste Art der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus ist“, schloss er.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1600023038_406568_big.jpg

de.sputniknews.com: **Russisches Innenministerium spricht von Fake News über Regionalwahlen**

Der stellvertretende russische Innenminister Alexander Gorowoj hat auf die Verbreitung von gezielten Fake News über die russischen Regionalwahlen in den Massenmedien und sozialen Medien hingewiesen. Die Wahlen fanden russlandweit am Freitag und am Wochenende statt. „Wie beobachten vermehrt ein Aufkommen von Falschnachrichten für die anschließende Verbreitung in den sozialen Netzwerken und in den Massenmedien“, sagte Gorowoj gegenüber Journalisten.

Ihm zufolge kursieren derzeit im Netz Meldungen über angebliche Verstöße während der Wahlen – wie etwa die Vernichtung von Wahlkampfmaterial, Bestechung oder das Einschleusen von vermeintlichen Wählern, gezielte Störung der Arbeit in Wahlkommissionen wie auch die illegale Ausgabe von Stimmzetteln.

Beim Innenministerium seien insgesamt 2539 angebliche Verstöße gemeldet worden, fügte Gorowoj hinzu. Laut der Vorsitzenden der zentralen Wahlkommission, Ella Pamwilowa, sind die Regionalwahlen transparent und fair verlaufen.

Der einheitliche russische Wahntag fand am Sonntag in 83 von insgesamt 85 Gebieten Russlands (Kabardino-Balkarien und Sankt Petersburg ausgenommen) statt. An diesem Tag wurden mehr als 9000 Wahl-Veranstaltungen abgehalten. In dem Rennen um die Gunst der Wähler geht um mehr als 78.000 Abgeordneten-Mandate. Das zentrale Wahlkomitee hatte zuvor beschlossen, die umfangreichen Wahlen außer am Sonntag auch an den zwei vorangehenden Tagen abhalten zu lassen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0d/327932648_0:274:2892:1838_1000x54

1_80_0_0_a01f6dbc78a7837cf529d95e42c2e7ee.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Übergangsregierung im Osten Libyens reicht inmitten anhaltender Proteste Rücktritt ein**

Die international nicht anerkannte und mit der Nationalen Einheitsregierung von Fajis al-Sarradsch in Tripolis konkurrierende Übergangsregierung im Osten Libyens hat nach tagelangen Straßenprotesten einen Rücktritts Antrag beim Repräsentantenhaus eingereicht. Dies geht aus einer Erklärung des Parlaments hervor.

Demnach traf sich der Parlamentsvorsitzende Aguila Saleh am Sonntag mit dem Chef der Übergangsregierung von Libyen, Abdullah al-Thani, und anderen ranghohen Beamten, die die Streitkräfte von Marschall Chalifa Haftar von der Libyschen Nationalen Armee (LNA) im Osten des Landes unterstützen.

Die Teilnehmer des Treffens sollen sich darüber ausgetauscht haben, wie den Forderungen der Demonstranten nach besseren Lebensbedingungen in den kontrollierten Gebieten nachgekommen werden könnte.

Die vom einflussreichen General Chalifa Haftar unterstützte Übergangsregierung reagierte damit am Sonntag auf die Demonstrationen aufgebrachter Libyer gegen Missstände im Land. Wie ein Regierungssprecher der dpa in Bengasi mitteilte, habe Saleh die Regierung aufgefordert, bis zur Entscheidung des Parlaments über den Rücktritt weiterhin als Verwalter zu fungieren, sagte der Sprecher weiter.

Proteste in Libyen

In den vergangenen Tagen war es in der Region zu Protesten im Zusammenhang mit den verschlechterten Lebensbedingungen und Stromausfällen gekommen.

Am Donnerstag waren in der östlichen Stadt Bengasi, der Hochburg Haftars, seltene Proteste ausgebrochen. Aufgebrachte Menschen forderten bessere Lebensbedingungen und prangerten Korruption in den staatlichen Institutionen an. In den vergangenen Monaten hatten die Libyer zunehmend unter häufigen Stromausfällen und schwindenden Wasservorräten zu leiden.

Am Samstagabend setzten wütende Demonstranten den Hauptsitz der Regierung in Bengasi in Brand. Durch Schüsse auf Demonstranten bei Protesten in der etwa 90 Kilometer von Bengasi entfernten Stadt Al-Mardsch seien am Sonntag zudem mindestens fünf Menschen verletzt worden, berichtete die Deutsche Presse-Agentur unter Berufung auf Augenzeugen.

Auch in der Hauptstadt Tripolis hissten am Sonntag Hunderte Demonstranten vor dem Hauptquartier des Präsidialrats Plakate, auf denen sie die Abhaltung lange aufgeschobener Wahlen forderten und mangelnde Grundversorgungsleistungen scharf kritisierten.

Doppelherrschaft in Libyen

Seit dem Sturz und der Ermordung des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi vor neun Jahren steckt Libyen im Kriegschaos und wird von einer Doppelherrschaft geführt. Im Lande hält die Konfrontation zwischen der Nationalen Einheitsregierung von Fajis al-Sarradsch, die Tripolis und Gebiete im Westen des Landes kontrolliert, und der libyschen Nationalarmee unter dem Kommando von Chalifa Haftar, die seit über einem Jahr versucht, die Hauptstadt zurückzuerobern, an. Beide Konfliktparteien werfen einander vor, mit Waffen und Personal von außen unterstützt zu werden.

Die Nationale Einheitsregierung wird von Katar und der Türkei unterstützt. Die Behörden des Ostteils des Landes agieren unabhängig von Tripolis und kooperieren mit der Libyschen Nationalarmee, die von Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten politisch unterstützt wird.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0e/327933549_0:278:3072:1940_1000x080_0_1_2a5583ea364572d48a4a7bac8022bfba.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. September wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt:

Um 9:35 Uhr wurde **Shelobok** aus Richtung Krymskoje mit automatischen Granatwerfern beschossen (3 Schüsse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Ostsee: Russische Marine behält US-Kriegsschiff im Auge**

Die russische Kriegsmarine hat laut einer Mitteilung des Nationalen Verteidigungszentrums in Moskau ein waches Auge auf den US-Zerstörer USS Ross, der sich seit Sonntag in der Ostsee aufhält.

„Die Ostseeflotte überwacht ununterbrochen die Aktionen des Zerstörers Ross der US-Kriegsmarine, der am 13. September 2020 in der Ostsee eingetroffen ist“, so das Nationale Verteidigungszentrum.

Nach seinen Angaben war ein Schiffsverband der Nato um die USS Ross am Montag voriger Woche in die Barentssee gekommen und wurde ebenfalls von der russischen Flotte im Blick behalten.

Am gleichen Tag hatte die britische Marine ein Nato-Manöver mit den USA und Norwegen jenseits des Nordpolarkreises angekündigt, um die Freiheit der Schifffahrt zu demonstrieren. Bereits im Mai hatten britische Kriegsschiffe, US-U-Boote und norwegische Flugzeuge in der Barentssee eine gemeinsame Übung abgehalten.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. September 3:00 Uhr bis 14. September 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Gleichzeitig wurde in Verletzung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung um 11:30 Uhr auf den Positionen der BFU in der Nähe von Starognatowka die Durchführung technischer Arbeiten registriert.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Drei Labore erbringen Nachweis eines Nervenkampfstoffes aus Nowitschok-Gruppe – Seibert**

Im Fall des angeblich vergifteten russischen Bloggers Alexej Nawalny sollen Speziallabore in Frankreich und Schweden einen Nervengift-Kampfstoff aus der Nowitschok-Gruppe als Ursache festgestellt haben. Das sagte der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, nachdem die Organisation für das Verbot chemischer Waffen eingeschaltet worden war.

„Die Bundesregierung hat daher die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OVCW) in die Analyse von Beweismitteln im Fall Nawalny einbezogen. Diese Einbindung der OVCW basiert auf Art. VIII 38 (e) des CWÜ, der allen Vertragsstaaten die Möglichkeit eröffnet, technische Unterstützung durch die OVCW zu erhalten“, heißt es im Schreiben. Die Organisation hätte Proben des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny entnommen und die nötigen Schritte eingeleitet, um diese durch Referenzlabore der OVCW untersuchen zu lassen.

Darüber hinaus bat demnach die Bundesregierung mit Frankreich und Schweden auch weitere europäische Partner um eine unabhängige Überprüfung des deutschen Nachweises anhand erneuter Proben von Nawalny. Die Ergebnisse dieser Überprüfung durch Speziallabore in Frankreich und Schweden liegen laut der Mitteilung nunmehr vor und „bestätigen den deutschen Nachweis“.

„Unabhängig von den noch laufenden Untersuchungen der OVCW haben damit nun bereits drei Labore unabhängig voneinander den Nachweis eines Nervenkampfstoffes aus der Nowitschok-Gruppe als Ursache der Vergiftung von Herrn Nawalny erbracht.“ ...

Mzdnr.ru: **Am 13. September wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektionen durchgeführt**, da das Labor gewartet und desinfiziert wird.

Am 14. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2824 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1209 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1457 als gesund entlassen, es gibt 158 Todesfälle. Zum Stand am 14. September wurden Coronavirusinfektionen bei 130 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: **Pakistan prüft Russlands Angebot zu Lieferung von Anti-Corona-Impfstoff**

Das pakistanische Gesundheitsministerium zieht nach Angaben des Außenministers Shah Mehmood Qureshi Moskaus Vorschlag in Betracht, russischen Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus ins Land liefern zu lassen.

„Dies ist ein sehr positives Ereignis, und wir gratulieren der russischen Regierung. Es zeigt auch die Qualifikation Russlands in den Medizinischen Wissenschaften. Der Vorschlag wurde unterbreitet und wird derzeit vom pakistanischen Gesundheitsministerium geprüft“, sagte Qureshi gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen, Sergej Lawrow, in Moskau.

Der pakistanische Außenminister wurde unter anderem gefragt, ob das Angebot auch die Möglichkeit für Pakistan beinhalte, an einer späteren Etappe der klinischen Tests des Impfstoffs teilzunehmen.

„Wir sind offen, wir können das in Betracht ziehen“, antwortete Qureshi. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0e/327935275_0:83:1873:1097_1000x0_80_0_1_66f7514169a0244cdc9c631a84d0e5c5.jpg

nachmittags:

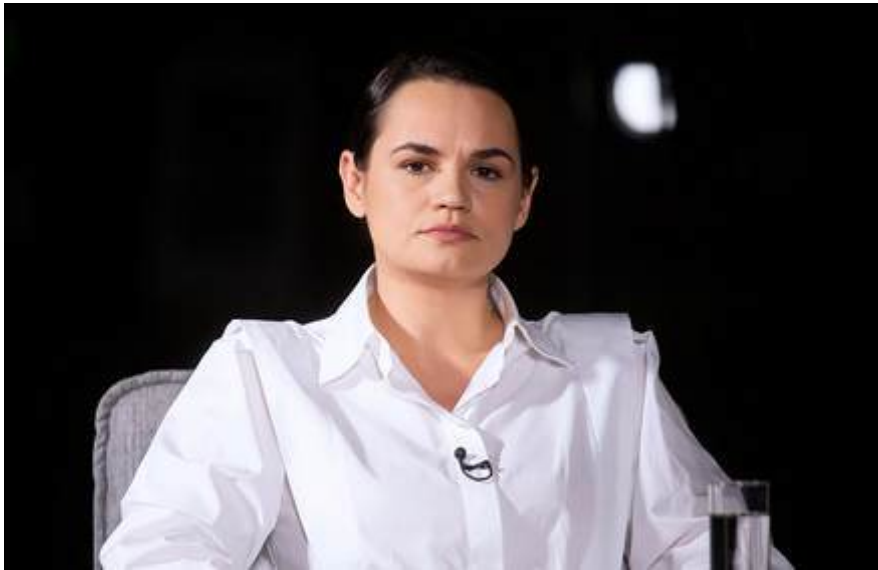
interfax.ru: **Tichanowskaja hält mögliche Vereinbarungen zwischen Putin und Lukaschenko für illegal**

Die frühere Präsidentschaftskandidatin von Belarus, Swetlana Tichanowskaja, bedauerte das bevorstehende Treffen zwischen dem Präsidenten der Republik, Alexander Lukaschenko, und dem russischen Staatsoberhaupt Wladimir Putin in Sotschi.

„Ich möchte Wladimir Putin daran erinnern: Was auch immer Sie während des Treffens in Sotschi vereinbaren und worauf Sie sich einigen, es wird keine Rechtskraft haben. Alle mit der illegitimen Lukaschenko unterzeichneten Vereinbarungen werden von der neuen Regierung überarbeitet. Weil das belarussische Volk Lukaschenko das Vertrauen entzog und die Unterstützung bei den Wahlen verweigert hat. Es tut mir sehr leid, dass Sie beschlossen haben, einen Dialog mit dem Diktator und nicht mit dem belarussischen Volk zu führen“, teilte Tichanowskaja in einer Erklärung auf ihrem Telegram-Kanal mit.

Am Montag, dem 14. September, traf Lukaschenko zu einem Arbeitsbesuch in der Russischen Föderation ein. Sein Flugzeug ist bereits am Flughafen von Sotschi gelandet. Es wird ein Treffen zwischen Lukaschenko und Putin geben. Die Gespräche finden unter vier Augen statt. Zuvor wurde berichtet, dass die Unterzeichnung von Dokumenten und die Abhaltung der Abschlusspressekonferenz nicht geplant sind.

In Weißrussland wurden seit dem 9. August Massenproteste gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen fortgesetzt, bei denen das derzeitige Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko, der dieses Amt seit 1994 innehat, zum Sieger erklärt wurde. Nach den von der Zentralen Wahlkommission bestätigten Ergebnissen stimmten 80,1% der Wähler für Lukaschenko, 10,12% - für seine Hauptgegnerin Swetlana Tichanowskaja. Die Opposition hat die von den Behörden angekündigten Wahlergebnisse nicht anerkannt und hält sie für gefälscht.



<https://www.interfax.ru/ftproot/textphotos/2020/09/14/tih700.jpg>

deutsch.rt.com: **Regionalwahlen in Russland: Kremlnahe Partei Geeintes Russland verteidigt ihre Mehrheit**

Millionen der wahlberechtigten Bürger Russlands haben sich am Sonntag in Dutzenden Regionen auf den Weg zu 56.000 Wahllokalen gemacht, um neue Regionalparlamente und Gouverneure zu wählen. Die Kremlnahe Partei Geeintes Russland verteidigte überwiegend ihre Mehrheit.

Der Einheitliche Wahltag fand in 83 Regionen im ganzen Land statt. Die Wahlen dauerten drei Tage lang, um den Gesundheitsschutz von Wählern und Mitarbeitern der Wahlkommissionen während der COVID-19-Pandemie zu sichern sowie um "möglichst hohe Bequemlichkeiten zu schaffen". Es fanden fast 9.000 Wahlkämpfe statt, in denen sich rund 156.000 Kandidaten um 78.000 Posten auf regionaler, lokaler und kommunaler Ebene bewarben.

In 18 Regionen, wie etwa in der Region Kamtschatka im Fernen Osten oder in der Region Leningrad im Nordwesten Russlands, wählten die Bürger die Gouverneure in einer direkten Abstimmung. In zwei sibirischen Regionen – in den Autonomen Kreisen der Nenzen und der Chanten und Mansen – wurden die Gouverneure von Mitgliedern der regionalen Parlamente gewählt.

In Dutzenden Klein- und Großstädten, darunter Kasan, Krasnodar, Nischni Nowgorod, Nowosibirsk und Rostow am Don, fanden die Wahlen zu den Regionalparlamenten statt. Die Einwohner von fünf sibirischen Städten wählten zudem ihre Bürgermeister. Außerdem fanden am Sonntag eine Reihe kleinerer Kommunalwahlen sowie vier Nachwahlen statt, um freie Sitze im Unterhaus des Parlaments, der Staatsduma, zu besetzen.

Laut vorläufigen Ergebnissen konnte die Partei Geeintes Russland überwiegend ihre Mehrheit verteidigen. In allen 18 Regionen, in denen direkte Gouverneurswahlen stattfanden, holten die von der in Russland dominierenden Partei geförderten Kandidaten die meisten Stimmen, berichtete der Radiosender Echo Moskwj in Moskau am Montag.

Allerdings ist Geeintes Russland nicht mehr stärkste Kraft in den Parlamenten der sibirischen Großstädte Nowosibirsk und Tomsk. In Tomsk erzielte sie nach Auszählung aller Stimmzettel 24,47 Prozent. Das entspricht 11 von 37 Sitzen. In Nowosibirsk habe die Partei 44 Prozent der Sitze geholt, meldete die Agentur Interfax. Zudem wurde in in die Stadträte der beiden Städten je ein Anhänger des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny gewählt.

Die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, erklärte am Sonntag, dass die Abstimmung nicht durch Verstöße beeinträchtigt wurde, mit Ausnahme von vier Fällen. Lokale Wahlkommissionen sowie Wahlbeobachter hätten "schnell" und "in der richtigen Art

und Weise" reagiert, sagte sie. Unabhängige Wahlbeobachter sprachen jedoch von mehr als 1.000 möglicher Verstöße bei der Stimmabgabe.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f5f3e93b480cc35ab3ace70.jpg>

deu.belta.by: **Belarussische Militärs nehmen an der Übung „Kaukasus-2020“ in Russland teil**

Belarussische Soldaten und Offiziere werden an der strategischen Kommando- und Stabsübung „Kaukasus-2020“ teilnehmen, die vom 21. bis 26. September in Russland stattfindet. Das teilte das Verteidigungsministerium mit.

Die taktische Bataillonsgruppe der mechanisierten Brigade der Streitkräfte wird die Republik Belarus an den Übungen vertreten. Insgesamt sollen bis zu 12900 Soldaten, 250 Panzer, 450 Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen, bis zu 200 Artilleriesysteme und Mehrfachraketenwerfer am Militärmanöver „Kaukasus-2020“ teilnehmen.

Die Übung findet in zwei Phasen statt. In der ersten Phase werden die Militärbehörden ihre Kampfhandlungen planen. Die Militärkontingente der Teilnehmerstaaten werden das gemeinsame Handeln zur Abwehr von Luftangriffen durcharbeiten und Aufklärungs-, Such- und Verteidigungsoperationen durchführen. Die zweite Phase besteht darin, die Aufgaben zur direkten Kontrolle über die Truppen bei gemeinsamen Kampfeinsätzen zu lösen.

Während der Übung sind praktische Maßnahmen vorgesehen, die sich auf die Stationierung und Durchführung der Territorialverteidigung beziehen.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14.09.2020
In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **eine Verletzung des ersten Punktes der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Im Verantwortungsbereich des 24. Bataillons der 53. Brigade im Gebiet von Starognatowka führten drei Soldaten der BFU **technische Arbeiten** aus. Im Rahmen des Koordinationsmechanismus wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über den Fall von Verletzung der Zusatzmaßnahmen durch Soldaten der BFU in Kenntnis gesetzt.

Wir fordern von der ukrainische Seite im GZKK zu ermitteln und entsprechende Strafmaßnahmen gegen die Kommandeure und Soldaten des Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade, die systematisch die Bedingungen des Waffenstillstands verletzen, zu ergreifen.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, erfüllen streng die Anforderungen des Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung. Im Fall einer Aggression von Seiten der BFU ist das Personal der Einheiten der Volksmiliz bereit, den Gegner zur Einhaltung der erreichten Vereinbarungen zu zwingen.

In der Ukraine nimmt die Konfrontation zwischen der derzeitigen Regierung und den Nationalisten zu. In der OOS-Zone eingetroffene Kämpfer des „Rechten Sektors“ planen, die Lage an der Kontaktlinie unter Hinzuziehung von Massenmedien zu destabilisieren.

Nach Angaben unserer Quellen arbeitet im Verantwortungsbereich der 54. Brigade ein Filmteam des „5. Kanals“ unter Leitung der Journalistin W. Kowaljowa. Auf Anweisung des Vorsitzenden des „Rechten Sektors“ Tarasenko sollen sich die Nationalisten an der **Erstellung einer Videoreportage über angeblichen Beschuss** von Seiten der Volksrepublik im Gebiet von Awdejewka beteiligen. Zu diesem Zweck planen sie, etwa zehn Schüsse mit RPG-7-Granatwerfern am Rand der Ortschaft abzugeben.

Wir warnen das ukrainische Kommando, dass die Handlungen der Radikalen als Provokation bewertet werden. Wir fordern ein unverzügliche Reaktion und den Ausschluss jeder Möglichkeit, eine solche Aktion durchzuführen.

Es sind **weitere nicht kampfbedingte Verluste** in den Reihen der Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU festzustellen.

Auf Befehl des Brigadekommandeurs Gnatow wurde der Kommandeur des 501. Bataillons in den Stab der 36. Brigade bestellt, um detailliertere Karten der Frontpositionen vorzulegen und um über die Anwesenheit des Personals zu berichten. Während der Fahrt in einem militärischen Panzerfahrzeug vom Typ „Hummer“ im Gebiet von Berdjanskoje fuhr er auf eine Sprengeinrichtung auf.

Infolge der Explosion wurde an dem amerikanischen Fahrzeug das rechte Vorderrad abgerissen. Der Bataillonskommandeur Birjukow und sein Fahrer wurden mit Gehirnerschütterungen in das Militärhospital von Mariupol eingeliefert.

Wir merken an, dass dieser Fahrzeugtyp als militärtechnische Hilfe aus den USA in den Bestand der ukrainischen Streitkräfte kam. Als Hauptdefizit bei der Nutzung der Panzerfahrzeuge vom Typ „Hummer“ durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS kann die Neigung zum Drehen bei der Fahrt auf unwegsamem Gelände gesehen werden. Derzeit fehlen in der Ukraine Ersatzteile für diesen Fahrzeugtyp, im Zusammenhang damit schrieb das Kommando des 501. Bataillons das Panzerfahrzeug „Hummer“ als bei der Führung von Kampfhandlungen vernichtet ab.

Seit Beginn der Einrichtung des Regimes der Feuereinstellung hat sich die Zahl der Plünderungen des Eigentums friedlicher Einwohner von Seiten der Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine vergrößert.

Nach Informationen von Einwohnern vom zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorium sind Fälle von **Abriss ziviler Gebäude zu bemerken, um sie als Baumaterial für die Verstärkung der Positionen der BFU zu verwenden.**

Eine weitere solche Plünderung begingen Kämpfer des 137. Bataillons der 35. Marineinfanteriebrigade in Gladosowo. Unsere Quellen teilen mit, dass die ukrainischen Kämpfer drei Häuser zur Einquartierung besetzt haben und dabei die benachbarten Wirtschaftsgebäude zur Gewinnen von Baumaterialien abgerissen haben.

Bei solchen rechtswidrigen Handlungen wurden zuvor Kämpfer der 35. und 36. Brigade bemerkt: im Verantwortungsbereich des 503. Bataillons in Schumy, im Verantwortungsbereich des 18. Bataillons der 35. Brigade in Nowgorodskoje und im Verantwortungsbereich des 501. Bataillons der 36. Brigade in Lebedinskoje.

Bisher wurden bei der Generalstaatsanwaltschaft der Oblast Donezk keine Entscheidungen zu den Fällen von Diebstahl durch Kämpfer der BFU und zur Besetzung von Wohnhäusern in der OOS-Zone durch sie getroffen.

de.sputniknews.com: **UN-Menschenrechtsrat wird über Lage in Weißrussland debattieren**

Der UN-Menschenrechtsrat wird sich auf Initiative der EU am Freitag in einer Dringlichkeitsdebatte mit der Situation in Belarus befassen.

In dem Gremium stimmten am Montag 25 Länder für den Antrag, 20 Staaten enthielten sich, Venezuela und die Philippinen lehnten die Initiative ab.

Menschenrechtsrat dürfe nicht schweigen

Die Menschenrechtslage habe sich seit der „weder freien noch fairen“ Wahl von Präsident Alexander Lukaschenko dramatisch verschlechtert, begründete der Botschafter Deutschlands, Michael von Ungern-Sternberg, den Vorstoß der EU zum Auftakt der mehrwöchigen Sitzung des Gremiums. Angesichts der Gewalt, den willkürlichen Verhaftungen, der teils grausamen Behandlung der Festgenommenen dürfe der Menschenrechtsrat nicht schweigen, erklärte Ungern-Sternberg.

Der Vertreter von Weißrussland, der nicht stimmberechtigt war, wehrte sich gegen die Vorwürfe.

„Äußerer Druck und Einmischung sind völlig kontraproduktiv.“

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, betonte, dass alle Vorfälle dokumentiert werden müssten, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden könnten.

Der Rat, der drei Mal im Jahr tagt, beschäftigt sich mit Berichten über die Menschenrechtslage in allen UN-Ländern. Deutschland gehört seit Anfang des Jahres wieder zu den 47 Mitgliedsländern, die nach Regionen für je drei Jahre gewählt werden. Vertreten sind auch Länder, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, zur Zeit etwa die Philippinen und Venezuela. Die USA haben sich aus dem Menschenrechtsrat zurückgezogen.

Lage in Weißrussland

In Weißrussland dauern seit mehr als einem Monat Proteste an. Auslöser war die Präsidentschaftswahl vom 9. August, bei der Amtsinhaber Alexander Lukaschenko laut offiziellen Angaben mit 80,1 Prozent der Stimmen gesiegt hat. Die Opposition hält dagegen ihre Kandidatin Swetlana Tichanowskaja für die wahre Gewinnerin.

Laut Behördenangaben wurden bei den Unruhen im Land Hunderte Menschen, darunter mehr als 130 Sicherheitsbeamte, verletzt. Bestätigt wurden offiziell drei Todesopfer.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/08/327897719_0:201:3072:1863_1000x080_0_1_b52a5454bfe94a7e092979b3c25fce03.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin am 14. September 2020

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der LVR im GZKK **eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Gestern haben Kämpfer des 3. Bataillons der 14. Brigade das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer eröffnet und drei Schüsse in Richtung **Shelobok** abgegeben.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und bedrohten nicht das Leben unserer Soldaten oder zivilen Einwohner der Republik.

Die Verteidiger der LVR beobachteten den Gegner, hielten streng die Bedingungen des Waffenstillstands ein und eröffneten das Feuer nicht.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus und um Beschuldigungen bezüglich Provokationen zu verhindern, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diesen Fall in Kenntnis gesetzt. ...

Das Kommando der 24. Brigade bereitet sich auf die Ankunft des Kommandeurs der vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte Najew und einer Delegation der polnischen Streitkräfte auf einem Kommandopunkt in Bachmut am 15. September vor.

Um den polnischen Offizieren das angeblich hohe Niveau der Ausbildung der ukrainischen Kämpfer zu demonstrieren, ist im Verantwortungsbereich der Brigade eine Gruppe von Offizieren einer gemischten Abteilung für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte bei der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ unter Leitung von Hauptmann Zchalow eingetroffen.

Die Propagandisten bereiten gemeinsam mit einer dafür bestimmten Gruppe im vorderen Verteidigungsberich des 3. mechanisierten Bataillons Positionen vor und instruieren die Soldaten für das bevorstehende Gespräch mit der ausländischen Delegation.

Nach uns vorliegenden Informationen hat Zchalow vorgeschlagen, den Plan einer inszenierten Feuerprovokation zu bestätigen, angeblich von Seiten von Einheiten der Volksmiliz der LVR während des Aufenthalts der polnischen Delegation und von Meidenvertretern an dem Zugstützpunkt im Gebiet von Mironowskij.

Wir warnen die Funktionsträger der ukrainischen Streitkräfte vor der Durchführung unbedachter Handlungen und der Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstands....

Nach Informationen von Quellen in der 14. Brigade hat der Brigadekommandeur Wojtschenko gestern Soldaten eines Panzerbataillons ausgezeichnet und in seiner Rede die herausragenden Verdienste der Panzertruppen der UdSSR bei der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges unterstrichen mit besonderem Akzent auf den Beitrag der Panzersoldaten zum Erfolg der Ost-Karpaten-Operation, in deren Folge das Gebiet der heutigen Oblast Transkarpatien befreit wurde.

An der Veranstaltung nahm der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Schandar teil, der den Inhalt der Rede für provokativ hielt und den Brigadekommandeur auf die Unzulässigkeit der Erwähnung von Heldentaten des sowjetischen Volks hinwies. ...

de.sputniknews.com: **Militärübung mit 950 Nato-Soldaten in Litauen**

Inmitten der Spannungen im benachbarten Belarus hat in Litauen am Montag ein rund zweiwöchiges Militärmanöver mit etwa 950 Soldaten aus zehn Nato-Ländern begonnen. Neben litauischen Truppen nehmen an der Luftverteidigungsübung „Tobruq Legacy 20“ unter anderem auch Einheiten aus Frankreich, Polen und den USA teil.

Ziel der bis zum 25. September laufenden Übung sei eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Nato-Staaten bei der bodenbasierten Luftverteidigung. Dazu wurden von den Verbündeten vorübergehend mehrere Luftverteidigungssysteme nach Litauen verlegt.

In einer Mitteilung der US-Armee in Europa hieß es mit Blick auf die Lage in Belarus: „Tobruq Legacy 2020 ist eine lange geplante defensiv ausgerichtete Übung, die nicht an aktuelle Ereignisse in der Region geknüpft ist.“ ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/0e/327936214_0_1_5edc997cf47da7201a7541cadff5221d.jpg

de.sputniknews.com: **Besuch von Lawrow in Berlin abgesagt – russisches Außenministerium**

Der für den 15. September angesetzte Besuch des russischen Außenministers Sergei Lawrow in Berlin ist abgesagt worden. Grund für die Absage sollen Änderungen in dem Terminkalender von Bundesaußenminister Heiko Maas sein.

Das teilte das russische Außenministerium am Montag mit. Demnach wird am 15. September das deutsch-russische Forschungs- und Bildungsjahr im Rahmen einer feierlichen Zeremonie abgeschlossen. Der Termin sei bereits am 11. August festgelegt worden.

Allerdings habe die deutsche Seite am 3. September mitgeteilt, dass Bundesaußenminister Heiko Maas wegen Änderungen im Terminplan der Zeremonie nicht beiwohnen werde und für anschließende Gespräche zwischen den beiden Außenministern nur anderthalb Stunden zur Verfügung stehen würden.

„Somit ist das ursprüngliche Ziel von Außenminister Lawrows Besuch nicht mehr aktuell und das angebotene Format für bilaterale Gespräche stark gekürzt. Auf dieser Grundlage wurde beschlossen, den besagten Besuch abzusagen“, hieß es in der Mitteilung des Außenministeriums.

dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR und bevollmächtigten Vertreterin der DVR bei den Minsker Verhandlungen Natalja Nikonorowa zur den Erklärungen Kiews über einen Gefangenenaustausch und den Zutritt für das IKRK**

Ukrainische Beamte, insbesondere die, die das Büro des Präsidenten der Ukraine leiten, geben weiter Erklärungen ab, die man nur als sinnlose Luftbewegungen bezeichnen kann. Wir hören Aussagen in den Massenmedien bezüglich irgendwelcher erstellten Listen für den Austausch festgehaltener Personen, aber dort, wo sich Kiew tatsächlich zur Sache äußern muss, nämlich in Minsk, geben die ukrainischen Vertreter so kühne Erklärungen nicht ab. Eher im Gegenteil – im Rahmen der Verhandlungen der Kontaktgruppe ist es für uns sehr schwer, von der ukrainischen Seite irgendwelche klaren Schritte zur realen Vorbereitung eines Austauschs, nicht nur in Worten, sondern in Taten, zu erlangen.

Wir erinnern etwa daran, dass die zwei letzten Austausche durch die Schuld Kiews immer noch nicht vollständig abgeschlossen werden konnten, weil wir von den ukrainischen Vertretern immer noch keine Dokumente erhalten haben, die die prozessuale Freistellung bestätigen. Dies ist eine grobe Verletzung nicht nur der in Minsk erreichten Vereinbarungen, sondern auch der Rechte und Freiheiten der Bürger. Entsprechend stellt sich ein neuer Austausch ohne einen vollständigen Abschluss alle notwendigen Formalitäten zu den bereits erfolgten Austauschen nicht als möglich und zielführend dar.

Mehr noch, es muss auch berücksichtigt werden, dass Kiew nach wie vor nicht die Entschließung der Obersten Rada über die örtlichen Wahlen aufgehoben hat, deren vierter Punkt den Minsker Vereinbarungen widerspricht. Obwohl wir regelmäßig, buchstäblich bei jeder Unterhaltung im Rahmen der Kontaktgruppe, den Vertretern der Ukraine unsere prinzipielle Position benannt haben: Ohne Aufheben oder Änderung dieser Entschließung zur Beseitigung der Widersprüche zu den Minsker Vereinbarungen ist ein Fortschritt auf keinem einzigen Arbeitsgebiet entsprechend genau dieser Minsker Vereinbarungen möglich. Also, wenn die Führung der Ukraine tatsächlich nicht nur etwas verlautbaren will, sondern tatsächlich einen Austausch festgehaltener Personen näher bringen will, empfehlen wir erstens, endlich unserer Forderung zur Aufhebung der Akte des ukrainischen Parlaments, die dem Maßnahmekomplex widersprechen, nachzukommen, und zweitens, ihren Verpflichtungen zum vollwertigen Abschluss der bereits stattgefundenen Austausche nachzukommen.

Was die Erklärungen über das Erreichen einer Vereinbarung über den Zugang des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz auf das Territorium der Republik betrifft, so sind wir gezwungen, entweder eine Amnesie oder eine unzureichende Informiertheit des Leiters des Büros des ukrainischen Präsidenten zu konstatieren, weil diese internationale Organisation bereits seit mehr als sechs Jahren ihrer Tätigkeit in der DVR nachgeht.

deutsch.rt.com: **Fall Nawalny: Bundesregierung verstrickt sich auf Bundespressekonferenz in Widersprüche**

Am 9. September hatte die Bundesregierung noch erklärt: "Die Testergebnisse wurden der OPCW übergeben". Auf Anfrage ihres russischen Vertreters erklärte das Sekretariat der OPCW jedoch am 11. September, keine Testbefunde und Proben erhalten zu haben. RT fragte auf der BPK nach.

Aus den Fragen und Nachfragen sowohl von RT-Redakteur Florian Warweg wie auch von weiteren anwesenden Journalisten wurde auf der BPK eine Reihe von Widersprüchen in den Darlegungen der Bundesregierung zur Causa Nawalny erkennbar.

RT wollte außerdem auch noch vom Bundesverteidigungsministerium erfahren, ob und inwieweit die im Speziallabor der Bundeswehr arbeitenden Wissenschaftler, die angeblich die Nowitschok-Spuren in den Proben des russischen Politbloggers gefunden haben wollen, gegenüber der Bundesregierung weisungsgebunden sind.

<iframe width="811" height="456" src="https://www.youtube.com/embed/m11jj9gSOX8" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/m11jj9gSOX8>

rusvesna.su: **Lawrow verurteilte den Westen scharf im Zusammenhang mit Nawalny**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat heute eine harte Erklärung gegen den Westen und insbesondere gegen Deutschland abgegeben, in der es um die „Vergiftung“ des russischen Bloggers und Oppositionsführers Alexej Nawalny geht.

In einem Interview mit dem Fernsehsender RTVI verurteilte der Chef des russischen Außenamts die Aktionen westlicher Partner, die von Russland eine sofortige Untersuchung der Vergiftung und Informationen über die Täter fordern.

Gleichzeitig weigern sich die deutschen Behörden und Ministerien, die dafür erforderlichen Informationen bereitzustellen, und ignorieren einfach alle Anfragen der russischen Seite.

„Moskaus westliche Partner im Fall Nawalny haben jeden Anstand verloren und alle vernünftigen Grenzen überschritten. Russland kann Behauptungen glauben und ein Strafverfahren in der Sache Nawalny eröffnen. Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage“, sagte Sergej Lawrow.

Er betonte, dass das offizielle Moskau in dieser Hinsicht das Recht habe, die Richtigkeit der Aussagen und die Professionalität des Westens in Bezug auf den Fall Nawalny in Frage zu stellen.

„Der Westen hätte sich einen anderen Grund für Sanktionen gegen die Russische Föderation ausgedacht, wenn es nicht den Fall Nawalny gegeben hätte“, fasste der Außenminister zusammen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/lavrov_73.jpg

Dnronline.su: Das staatliche Komitee für Bergbau- und technische Aufsicht stellt einen Rückgang von Arbeitsunfällen in den Bergbauunternehmen der Republik fest, teilte dessen Vorsitzender Wladimir Zymbalenko mit.

In den ersten acht Monaten des Jahres 2020 wurden in den Bergwerken 155 Arbeiter verletzt gegenüber 215 im analogen Vorjahreszeitraum. Besonders wichtig ist auch der Rückgang von tödlichen Unfällen. Seit Beginn des Jahres wurden in den Bergwerken der Republik sieben Bergleute tödlich verletzt, im analogen Vorjahreszeitraum waren es zehn.

In der Republik sind derzeit 25 Kohleunternehmen in Betrieb. Seit Anfang 2020 wurden 4530 operative Kontrollen vorgenommen und es wurden 63.870 Verstöße gegen Gesetze und normative Rechtsakte zur Arbeits- und Produktionssicherheit festgestellt, in 1982 Fällen wurden die Durchführung der Arbeiten und der Einsatz von Geräten untersagt.

rusvesna.su: Sonderoperation bei Mogiljow: Die Gruppierung „Wald“ wurde neutralisiert

In Belarus neutralisierten Polizeibeamte mit der starken Unterstützung von Spezialeinheiten die „Wald“-Gruppierung der „Mogiljow-Partisanen“, die sich nach vorläufigen Informationen in einem Wald außerhalb der Stadt in einem verlassenen Gebäude versammelt hatte.

Dies wurde vom Innenministerium der Republik gemeldet.

„Der Leiter dieser Gruppe hatte in sozialen Netzwerken die Community ‚Mogiljow-Partisanen‘ gegründet, der 64 Benutzer angehörten.

Vorab wurde festgestellt, dass sich die Gruppenmitglieder in einem verlassenen Raum im Wald in der Nähe von Mogiljow versammelten. Dort trainierten sie praktische Fertigkeiten in der Durchführung von Straßenschlachten, übten Räumlichkeiten zu besetzen, Kampfbergsteigen und Kämpfe im Wald.

Die Gruppe hatte eine weiß-rot-weiße Flagge, Uniformen mit Pagonja-Wappen und ukrainischen Symbolen, Sturmhauben, kugelsichere Westen, pneumatische und

Luftdruckwaffen, eine Signalpistole, Messer und Radiosender.

Einige der Teilnehmer stellten selbstgemachte Brandvorrichtungen her und testeten sie. Die Jungs, einschließlich Minderjähriger, haben Videoberichte im Internet veröffentlicht. Mitarbeiter der 11. Abteilung (in der Region Mogiljow) des Innenministeriums nahmen mit Unterstützung der OMON-Abteilung für innere Angelegenheiten am 13. September während einer regelmäßigen Schulungssitzung 6 aktive Gruppenmitglieder fest.

Es wurden Gegenstände aus der Szene beschlagnahmt, die nach Ansicht des Experten Fragmente eines improvisierten Brandsatzes sind. Für den Rest der beschlagnahmten Sachen und Gegenstände wurde ebenfalls eine Prüfung angeordnet.

Die Ermittler eröffneten ein Strafverfahren gegen vier aktive Mitglieder der Gruppe. Dies sind junge Menschen zwischen 16 und 22 Jahren. Sie wurden festgenommen und in eine Untersuchungshaftanstalt gebracht“, teilte die Behörde in einer Erklärung mit.

Das Innenministerium stellte klar, dass es unter den Inhaftierten Menschen mit ultrarechten Neonazi-Ansichten gibt.

Darüber hinaus laufen nach Angaben des Ministeriums derzeit operative Suchaktivitäten, um andere Mitglieder der Formation zu identifizieren und ihre Absicht zu ergründen, selbstgemachte Brandvorrichtungen zu verwenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass „für illegale Handlungen im Zusammenhang mit der Verwendung brennbarer Substanzen (Herstellung, Erwerb, Lagerung, Verkauf usw.) eine strafrechtliche Haftung in Form einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vorgesehen ist“.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/N6W2C_PxsHU" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://youtu.be/N6W2C_PxsHU

Dnronline.su: Bergleute des Bergwerks „Shdanowskaja“ in Shdanowka führen auf Anweisung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin eine grundlegende Sanierung des Daches des städtischen Sportkomplexes durch. Inzwischen haben Arbeiter der Bau- und Montageabteilung das Dach demontiert, Ausrüstung und Material für die Fortsetzung der Reparaturarbeiten werden entladen.

„Das Bergwerks „Shdanowskaja“ ist ein stadtbildendes Unternehmen, deshalb haben gerade wir den Auftrag zur Reparatur des Sportkomplexes erhalten. Am 3. September haben wir mit den Arbeiten begonnen. Heute wurden Materialien für die Reparatur des Daches geliefert. Insgesamt hat das Bergwerks 800.000 Rubel für den Kauf von Materialien ausgegeben. An dem Gebäude wurden seit 1991 keine Reparaturen mehr vorgenommen. Wir planen die grundlegenden Arbeiten innerhalb von zwei Monaten zu erledigen“, kommentierte der Vorsitzende der Leitung der Aktiengesellschaft „Schachta Shdanowskaja“ Wladimir Dubowskij.

Außerdem werden die Bergleute den Bodenbelag erneuern, alle internen Ausbauarbeiten erledigen und das Vordach über dem Zentraleingang zum Sportkomplex und die Verglasung des Sport- und Erholungskomplexes erneuern.

Am 21. August 2020 hatten Einwohner von Shdanowka bei einem Treffen mit Denis Puschilin die Frage der Reparatur des städtischen Sportkomplexes aufgeworfen. Das Staatsoberhaupt fuhr zusammen mit dem Kohle- und Energieminister der DVR Rusland Dubowskij vor Ort, besichtigte das Gebäude und erteilte entsprechende Anweisungen.



https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/09/photo_2020-09-14_16-30-55-1024x576.jpg

de.sputniknews.com: **Telefonat mit Putin: Macron fordert von Russland Aufklärung im Fall Nawalny**

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron haben in einem Telefonat den Fall Nawalny besprochen. Macron forderte diesbezüglich eine rasche Aufklärung der Umstände und der Verantwortlichkeiten. Unter anderem soll auch die angespannte Situation in Weißrussland zur Sprache gekommen sein. Das bestätigte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag. Das Gespräch soll auf Initiative der französischen Seite organisiert worden sein. Im Fall um den vergifteten Kremlkritiker Alexej Nawalny habe der französische Staatschef von einem „Mordversuch“ gesprochen, wie der Élyséepalast am Montag in Paris mitteilte.

Er sei in diesem Fall mit Deutschland solidarisch, erklärte Macron, der sich in der Affäre bisher öffentlich zurückgehalten hatte. Frankreich teile – auch auf Grund eigener Analysen – die Schlussfolgerungen mehrerer europäischer Partner, wonach der Nervengift-Kampfstoff Nowitschok als Ursache festgestellt worden sei. Russland müsse nun im Rahmen einer glaubwürdigen und transparenten Untersuchung Klarheit schaffen, forderte Macron. Putin wiederum soll auf unbegründete Vorwürfe gegen Russland im Fall Nawalny verwiesen haben.

„Wladimir Putin hat betont, dass haltlose, mit nichts begründete Anschuldigungen gegen die russische Seite unangebracht sind“, hieß es in einer Mitteilung des Kreml.

„Es wurde betont, dass für die Aufklärung der tatsächlichen Umstände das von den deutschen Spezialisten zur Verfügung gestellte biologische Material Nawalnys sowie die offiziellen Untersuchungsbefunde notwendig sind – das gilt auch für die Zusammenarbeit mit den russischen Ärzten“, hieß es weiter.

Die Bundesregierung hatte am 2. September, nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr, mitgeteilt, sie sehe es als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit einem chemischen Nervenkampfstoff der Nowitschok-Reihe vergiftet worden sei.

Am Montag teilte Regierungssprecher Steffen Seibert dann mit, die Bundesregierung habe mit Frankreich und Schweden auch weitere europäische Partner um eine unabhängige Überprüfung des deutschen Nachweises anhand erneuter Proben von Nawalny gebeten. Die Ergebnisse dieser Überprüfung durch Speziallabore in Frankreich und Schweden hätten „den deutschen Nachweis“ bestätigt.

Moskau bezweifelt die Behauptung der Bundesregierung und will Informationen darüber erhalten, welche Substanz genau bei dem Oppositionellen gefunden wurde. Die russische

Generalstaatsanwaltschaft hatte deshalb Ende August ein Rechtshilfegesuch an Deutschland gerichtet. Die Berliner Senatsjustizverwaltung gab inzwischen bekannt, dem Rechtshilfeersuchen der russischen Behörden nachzukommen.

Situation in Weißrussland

Ferner hätten sich beide Präsidenten zu der Situation in Weißrussland geäußert, wo seit mehreren Wochen Tausende Menschen den Rücktritt von Präsident Alexander Lukaschenko fordern.

„In Bezug auf Belarus hob der französische Präsident erneut die Notwendigkeit einer politischen Lösung hervor, welche den tiefen Bestrebungen des weißrussischen Volkes gerecht wird, ohne Einmischung von außen“, hieß es in einer Mitteilung des Élysée-Palastes. Ein weiteres Thema sei der Ukraine Konflikt gewesen. Beide Staatshäupter hätten sich besorgt gezeigt über ausbleibende Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens, welches seit 2015 die einzige Grundlage für die Beilegung des Konflikts sei. ...

abends:

deutsch.rt.com: **Chef-Toxikologe der Region Omsk: Berichte über Nervengift entsprechen nicht Nawalnys Erkrankungsbild**

Die Ärzte in der sibirischen Stadt Omsk, wo Alexej Nawalny zuerst behandelt wurde, schließen weiterhin eine Vergiftung aus. Alexander Sabajew, leitender Toxikologe der Region Omsk, sagte am Montag, dass Nawalnys Erkrankungsbild nicht einer Vergiftung entspreche. Der leitende Toxikologe der Region Omsk, Alexander Sabajew, sagte am Montag zur Agentur TASS, dass Informationen, wonach ein Nervengift-Kampfstoff als Ursache für Nawalnys Vergiftung von drei unabhängigen Speziallabors bestätigt wurde, nicht dem Erkrankungsbild des Oppositionspolitikers entsprechen:

„Der Patient hatte nichts Dergleichen: weder im Erkrankungsbild noch in der Diagnostik noch im Krankheitsverlauf. Wir gehen vom Konzept der evidenzbasierten Medizin aus: erstens der Vorfall selbst, der sogenannte toxikologische Zustand, zweitens das Erkrankungsbild und drittens die gerichtchemische Untersuchung. Keiner dieser drei Grundpfeiler hat sich in unserem speziellen Fall in irgendeiner Weise manifestiert.

Wie die Bundesregierung am Montagmorgen mitteilte, sollen auch zwei weitere Speziallabore in Frankreich und Schweden einen Nervengift-Kampfstoff aus der Nowitschok-Gruppe als Ursache für die Vergiftung des Oppositionellen festgestellt haben.

Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte zu den neuen Befunden: „Wir erneuern die Aufforderung, dass sich Russland zu den Geschehnissen erklärt.“ Eine Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern sei möglich, hieß es aus Moskau. Für eine Klärung des Falls sei aber ein Austausch von Informationen und Proben und die Zusammenarbeit Deutschlands mit russischen Ärzten erforderlich.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f5f82ebb480cc579859b886.JPG>

belta.by/deu.belta.by: **Treffen von Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko in Sotschi – Zusammenfassung mehrerer Meldungen**

In der Sommerresidenz des russischen Präsidenten „Botscharow Rutschej“ in Sotschi fand heute das Gespräch zwischen den Staatsechfs von Belarus und Russland, Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin, statt.

Das Treffen fand unter vier Augen statt. Die Staatsechfs sprachen über den Zustand und die Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, über die Beziehungen im Rahmen des Unionsstaates Belarus-Russland. Darüber hinaus erörterten sie die internationalen Themen, die aktuelle Situation in der Region und gemeinsame Antwort auf die Herausforderungen der Zeit.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1600096500_52616_big.jpg

Putin: Wir sind dafür, dass die Weißrussen die Situation selbst regeln, ohne Forderungen und Druck von außen

Im Zusammenhang mit den internen politischen Ereignissen in Belarus ist der russische Präsident Wladimir Putin der Ansicht, dass die Bürger des Landes die Situation ohne externen Druck lösen sollten. ...

„Ich freue mich sehr, Sie zu sehen. Ich habe Ihnen bereits zu Ihrem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen gratuliert. Aber das war schriftlich und telefonisch. Jetzt bin ich froh, die Gelegenheit zu haben, dies persönlich zu tun. Ich möchte Ihnen alles Gute und Erfolg wünschen. Wir sehen natürlich alles, wir wissen, dass im Zusammenhang mit diesen Wahlen interne politische Ereignisse in Belarus stattfinden. Sie kennen unsere Position gut. Wir sind dafür, dass die Belarussen selbst, ohne Forderungen und Druck von außen, in einem ruhigen Regime und im Dialog miteinander, diese Situation klären und zu einer gemeinsamen Entscheidung darüber kommen, wie sie die Arbeit weiter organisieren können“, sagte der russische Präsident.

Wladimir Putin bemerkte auch, dass Russland über den Vorschlag des belarussischen Präsidenten Bescheid weiß, mit der Aktualisierung der Verfassung zu beginnen. „Ich glaube, dass dies logisch, zeitgemäß und zweckmäßig ist. Wir sind uns auch der Position bewusst, die Ihre Vertreter in dieser Hinsicht in der OSZE vertreten. Meiner Meinung nach wurde bereits eine entsprechende Struktur geschaffen“, sagte er.

Der russische Präsident zeigte sich zuversichtlich, dass die Arbeit in dieser Richtung unter Berücksichtigung der politischen Erfahrungen von Alexander Lukaschenko auf höchster Ebene organisiert wird, um ein neues Niveau der Entwicklung des politischen Systems des Landes zu erreichen und Bedingungen für seine weitere Entwicklung zu schaffen.

Putin: Russland sieht in Belarus seinen nächsten Verbündeten und kommt allen

Verpflichtungen nach

„Russland bleibt allen seinen Verpflichtungen und Vereinbarungen gegenüber Belarus treu. Das betrifft unter anderem die Vereinbarungen im Rahmen des Unionsstaates und der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit. Wir sehen Belarus als unseren nächsten Verbündeten an und werden – wie ich Ihnen telefonisch bestätigt habe – allen Verpflichtungen nachkommen“, sagte der russische Staatschef.

Putin machte darauf aufmerksam, dass die beiden Staaten noch vor seiner ersten Präsidentschaft die entsprechenden Verpflichtungen gegenseitig eingegangen seien. „Das hat aber keine Bedeutung. Was zählt, ist die Tatsache, dass Russland gewisse Verpflichtungen auf sich genommen hat. Und es muss unabhängig davon wer gerade an der Macht ist diesen Verpflichtungen nachkommen. Wir haben mehrmals erklärt, dass Russland sich daran halten wird“, betonte Wladimir Putin.

Putin: Russland will Belarus Kredit in Höhe von \$1,5 Mrd. bereitstellen

„Wir haben vereinbart, dass Russland in dieser schwierigen Zeitperiode Belarus einen Staatskredit in Höhe von 1,5 Milliarden USD bereitstellt. Das werden wir tun. Unsere Finanzminister handeln im Moment diese Frage auf professioneller Ebene aus“, erklärte der Staatschef.

Der Kredit soll in der nächsten Zeit gewährt werden. „Ich hoffe, dass die Finanzmärkte eine entsprechende Anregung bekommen“, fügte Putin hinzu.

Lukaschenko über Proteste in Minsk: Niemand hat rote Linien überschritten

„Ich will es nicht simplifizieren, aber ich muss mit Schmunzeln sagen: Samstags versammeln sich bei uns hauptsächlich Frauen und junge Damen zu einem Marsch, sonntags sind große Protestmärsche angesagt. An Werktagen lebt Belarus ein ganz normales Leben. Ja, auch am Wochenende. Wir machen einen Teil der Hauptstadt für diejenigen frei, die so gern spazieren gehen wollen“, erzählte Lukaschenko.

„Hauptsache, dass dabei die rote Linie nicht überschritten wird. Das sage ich immer. Das wissen auch Sie aus der Tschetschenien-Krise, als Sie als angehender Präsident diese roten Linien zeichnen mussten. Gott bewahre, dass Belarus so etwas erleben muss. Es gibt bestimmte rote Linien, die niemand überschreiten darf. Und bis heute hat keiner diese Linien verletzt“, fügte Alexander Lukaschenko hinzu.

Lukaschenko: Wir müssen mit Russland enger zusammenrücken

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hält eine engere Zusammenarbeit mit Russland für notwendig. Diese Zusammenarbeit sollte unter anderem in der Wirtschaft erfolgen. ...

„Die Wirtschaft ist das A und O. Und glauben Sie mir: Wir haben uns immer daran gehalten. Und die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass wir mit dem Brudervolk Russlands noch enger zusammenrücken und eine breitere Zusammenarbeit, darunter in der Wirtschaft, fortsetzen müssen“, sagte der Staatschef.

In Russland arbeiteten rund 10 Millionen Menschen in den Betrieben, die auf enge Kooperationsbeziehungen mit ihren belarussischen Partnern angewiesen seien, stellte Lukaschenko fest. Diese Kooperation sei umfassend. Belarus werde sie mit allen möglichen Mitteln fördern, weil Russland im Rahmen dieser Zusammenarbeit Rohstoffe, Zulieferteile, Werkstoffe an Belarus exportiere und seine Märkte öffne. „Belarus exportiert fast 48 Prozent seiner Produkte auf den russischen Markt“, erklärte der Präsident.

Die wirtschaftlichen Beziehungen seien schon immer auf der bilateralen Tagesordnung gewesen. Noch vor den Präsidentschaftswahlen hätten die beiden Staatschefs vereinbart, diesem Thema nach den Wahlen in Belarus höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Als Ergebnis dieser Absprache sei eine Regierungsdelegation aus Russland zu Verhandlungsgesprächen nach Minsk gereist. „Wir wollen nicht mehr zweimal auf dieselbe Harke treten. Der russische Regierungschef Michail Mischustin brachte eine große Delegation nach Minsk, um über komplizierte Fragen zu diskutieren. Die Verhandlungen waren

ergebnisreich, es wurden viele Vereinbarungen getroffen. Manche Fragen wurden auf eine spätere Frist verschoben, denn ihre Lösung soll auf der Ebene der Staatspräsidenten erfolgen“, sagte Lukaschenko.

Lukaschenko: Wir brauchen niemanden um Erlaubnis für unsere Militärmanöver zu bitten

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat bei den Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin bestätigt, dass Belarus und Russland eine stabile Zusammenarbeit im militärischen Bereich fortsetzen werden.

„Was die Verteidigungspolitik angeht, haben wir uns beide immer an eine Taktik gehalten. Ich habe neulich im Interview mit den russischen Staatsmedien meine Meinung gesagt: Wir können uns zu allen möglichen Fragen wie Hunde zanken, aber Sicherheit und Verteidigung waren nie ein Streitthema. Wir brauchen niemanden um Erlaubnis für unsere Militärmanöver zu bitten. Wir werden unsere Militärübungen auch weiterhin durchführen. Wer sich uns anschließen möchte, kann das tun“, sagte Lukaschenko. Belarus und Russland würden kleine und große Manöver für die Jahre im Voraus gemeinsam planen und durchführen, fügte er hinzu.

Belarus und Russland hätten heute, da Nato seine Truppen in direkter Nähe an die Staatsgrenze des Unionsstaates aufmarschieren lasse, keine Fehler zuzulassen. Man solle nicht vergessen, dass eine Armee, die sich in Sicherheit wiege, leicht angegriffen werden könne. Das sei zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg geschehen.

„Wir brauchen in dieser Frage auf niemanden zu hören. Sie (Nato – Anm. BelTA) nehmen keine Rücksicht auf uns. Sie organisieren ihre Militärmanöver wann immer sie wollen und ignorieren unsere Befürchtungen und Bedenken. Deshalb haben wir ganz ruhig unsere Armeen vorzubereiten, auszurüsten und gegen jeden möglichen Angriff gefechtsbereit zu machen“, sagte der belarussische Präsident.

Wladimir Putin bestätigte den gemeinsamen Plan für militärische Übungen der beiden Streitkräfte. In seinem Wort zu Beginn der Gespräche machte er darauf aufmerksam, dass Belarus und Russland eine stärkere rüstungstechnische Kooperation fortsetzen müssen.

Putin: Zusätzliche Bemühungen für mehr Handelsumsatz zwischen Russland und Belarus notwendig

Bei den heutigen Gesprächen zwischen Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin in Sotschi hat der russische Präsident die Meinung geäußert, dass man zusätzliche Anstrengungen braucht, um den Handelsumsatz auf das Vorkrisenniveau wieder anzuheben und die Voraussetzungen für ein sicheres Vorankommen zu schaffen.

Russland bleibe nach wie vor der Hauptinvestor in die belarussische Wirtschaft, sagte Putin.

Eines der größten Projekte, das die Russische Föderation in Belarus umsetze, sei der Bau eines Atomkraftwerks bei Ostrowez. Fast die Hälfte des belarussischen Außenhandels entfalle auf Russland, in Belarus seien mehrere Unternehmen mit dem russischen Kapital registriert.

„Wir pflegen in vielen Bereichen und in zahlreichen Branchen eine nachhaltige und sehr tiefe Zusammenarbeit. Der Handelsumsatz ist wegen der Corona-Krise leicht abgesackt. Das ist ein natürlicher Prozess, davon ist die ganze Welt betroffen. In diesem Zusammenhang glaube ich, dass wir uns zusätzlich darum bemühen sollten, nicht nur den Handel und wirtschaftliche Beziehungen auf das Vorkrisenniveau wieder anzuheben, sondern Anregungen für eine weitere Zusammenarbeit zu schaffen“, erklärte der russische Präsident.

Wladimir Putin bemerkte, er habe zu diesem Thema bestimmte Vorschläge und möchte auf sie im Verlauf der Gespräche eingehen. Seiner Meinung nach haben die Regierungen, Fachministerien, Staatsbehörden und einzelne Unternehmen oder Betriebe zusätzliche Bemühungen und Schritte zu unternehmen, um die vorhandenen Probleme zu beseitigen und Weichen für die weitere Zusammenarbeit zu stellen.

Russland habe in dieser Hinsicht mit dem jüngsten Minsk-Besuch der Regierungsdelegation unter Leitung von Michail Mischustin einen großen Schritt in diese Richtung getan. Die

Verhandlungsgespräche seien erfolgreich gewesen. Es seien ernsthafte Fragen besprochen worden, darunter im finanziellen Bereich, stellte Wladimir Putin fest.